

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 Zl., mit Zustellgeld 4,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4,89 Zl., vierteljährlich 14,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. W., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorricht u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 156

Bromberg, Freitag, den 13. Juli 1934

58. Jahrg.

Ost-Vocarno?

Die Gefahren des französischen Paktsystems

Das amtliche Communiqué über die Londoner Besprechungen Barthous ist in allgemeinen Wendungen gehalten und vieldeutig. Die Note, die Havas über die Ergebnisse herausbringt, versucht dafür um so eindeutiger zu sein. Nach ihr sollen sämtliche englischen Vorurteile gegenüber dem Plan eines Ostpaktes behoben sein, und dieser Pakt soll die Billigung des Londoner Abkommens gefunden haben. Die Englische Regierung werde den Plan sogar in den in Frage kommenden Hauptstädten unterstützen. England widersehe sich nicht mehr dem Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund. Und im übrigen könne man ein erhöhtes Vertrauen und eine Festigung der englisch-französischen Beziehungen verzeichnen.

Ohne daß man die Formulierung dieser Meldung im einzelnen als absolut zutreffend ansehen möchte, wird man doch unterstellen dürfen, daß sie als Tendenzbericht zu betrachten. Das löst allerdings noch nicht eine Reihe von Fragen und Widersprüchen, die sich sofort erheben, wenn man die europäische Politik unter dem Gesichtswinkel, den die Havasnote einstellt, betrachtet.

Da ist zunächst der Ostpakt, das sogenannte Ost-Vocarno, das ja auch Havas an die Spitze der Meldung stellt, sicherlich ein Zeichen dafür, daß Frankreich diese Angelegenheit als die ihm wichtigste ansieht. Dieser von Frankreich vorgeschlagene Ostpakt soll die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland, daneben aber natürlich auch Frankreich, umfassen. Er soll aus der Aneinanderreihung von drei Funktionselementen bestehen: der gegenseitigen „Konkulation“ im Falle der Bedrohung eines der Paktmittglieder, einer wechselseitigen Nichtangriffsbündnisvereinbarung und einer automatisch in Kraft tretenden Verpflichtung für alle Teile zur gegenseitigen militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung gegen einen etwaigen Angreifer. Frankreich, das ja im Osten keine territorialen Interessen hat, würde dem Pakt gewissermaßen als Garant beitreten, genau so wie Italien und England, die an dem deutsch-französischen Grenzschutz gewöhnlich teilnehmenden West-Vocarno ja auch nur indirekt interessiert sind, für diesen Pakt als Garant fungieren. Zu den Ostpaktsplänen gehört nun aber auch, daß Rußland, nach seinem Eintritt in den Völkerbund, als dritter Garant dem Ost-Vocarno beitreten soll. Es ist nicht ganz klar ersichtlich, wie die Stellung der Sowjets dabei gedacht ist. Soll es die anderen beiden Garantien entlasten? Oder wünscht Frankreich, aus welchen Gründen immer, eine zusätzliche Garantie?

Es ist nicht das einzige Opfer, das England auf dem in London errichteten Freundschaftsaltar dargebracht hat. Das andere ist der nunmehr wohl praktisch gewordene Verzicht auf die französische Abrüstung. Noch als Eden vor einigen Monaten seine Reise zu den Kabinetten der Großmächte unternahm, hielt England an der Forderung der Abrüstung fest, und den besonderen Sicherheitswünschen in der Färbung der französischen Politik stellte er, wenn auch damals schon in Kompromißform, doch immer noch den grundsätzlichen Gedanken der Abrüstung entgegen. Die Konferenz in Genf, deren Präsident Henderson ja in London auch der Ehre eines Besuchs des Herrn Barthou gewürdigt wurde, wird nunmehr getrost die Scheinmanöver, die an grünen Tischen vorläufig noch gespielt wurden, gänzlich einstellen können.

Statt dessen sollte man sich im Genfer Völkerbund einmal klar machen, welche Folgen das durch die wechselseitigen Garantien Frankreichs und Rußlands miteinander verbundene System des West- und des Ost-Vocarnos für den Gang der europäischen Geschichte haben müßte. Wenn man den hypothetischen Fall des Angriffs einer französischen Armee auf Deutschland annimmt, wäre die russische Armee verpflichtet, mit all ihrem Troß, auch dem weltanschaulichen, den Westen zu marschieren, um dem bedrohten Deutschland die verträglichste festgelegte Hilfe zu leisten. Polen und Deutschland würden Aufmarschgebiet und Etappe. Im umgekehrten Falle, dem des Angriffs einer russischen Armee etwa gegen Polen, wäre Frankreich verpflichtet, seine Heere nach Osten zu schicken, und wieder würden Deutschland und Polen der Schauplatz des kriegerischen Aufmarsches sein. Dieses ganze Paktsystem ist voll der Gefahren, Widersprüche und Unmöglichkeiten, und es hat guten Grund, daß Deutschland und wohl auch Polen ihm ablehnend gegenüberstehen.

Boller Widersprüche ist aber auch der in London behandelte und von der Englischen Regierung gebilligte Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund. Die Bereitwilligkeit Moskaus dazu scheint ja vorzuliegen. Damit geben die Sowjets ihre ganze bisherige Politik, die sich gegen das dem Völkerbund zu Grunde liegende System der Schiedsgerichte wandte, im sowjetrussischen Jargon: das „System einer bourgeoisen Welt“, restlos auf. Auf der anderen Seite kommen diejenigen Staaten des Völkerbundes, die bisher normale diplomatische Beziehungen zu Rußland noch nicht aufgenommen, in eine eigenartige Situation, wenn Rußland nun plötzlich im Genfer Beratungssaal erscheint.

Schließlich aber, um das Maß der Widersprüche voll zu machen, wie steht es um das französisch-russische Militärbündnis, das ja dem Paktsystem zuwiderlaufen würde und das sich auch nicht ganz mit den von Rußland im Völkerbund zu übernehmenden Verpflichtungen decken könnte? Noch weiß man nicht, ob es im Augenblick nur konzipiert oder bereits unterschrieben ist. Aber die russischen Waffenbestellungen in Frankreich und die militärischen Aufmerksamkeiten Frankreichs für Rußland lassen darauf schließen, daß mit ihm gerechnet werden muß.

Herrn Barthous Sicherheits- und Friedenspolitik, die in London das englische Placet erhalten zu haben scheint, leuchtet in merkwürdigem Lichte. Die Welt aber wird nicht schöner mit jedem Tag! Man weiß nicht, was noch werden mag...

Was hat Barthou in London erreicht?

London, 12. Juli. (P.M.) Die gesamte englische Presse glaubte der Ansicht zu sein, daß der französische Außenminister Barthou nicht mit leeren Händen London verlassen habe. Er habe das Einverständnis der Englischen Regierung für den osteuropäischen Pakt über die gegenseitige Hilfeleistung erhalten. Einzelne Blätter bezeichnen dieses Einverständnis als platonische, andere wieder als moralische Unterstützung. Alle Blätter heben jedoch die freundliche Haltung der Englischen Regierung zu der Idee des Paktes hervor und weisen gleichzeitig darauf hin, daß weniger über den Mittelmeer-Pakt gesprochen wurde, den Frankreich noch nicht konkret in den Vordergrund stellt, da es zunächst den Ostpakt durchzuführen gedenkt.

Die „Times“ und andere Blätter stellen fest, die Britische Regierung habe sich vorbehalten, ihre Unterstützung nur einem solchen Pakte zu gewähren, der auf den gleichen Grundlagen wie das Vocarno-Abkommen aufgebaut sei, d. h. bei vollständiger Gleichberechtigung der Unterzeichner. Der in Vorschlag gebrachte Pakt der gegenseitigen Hilfeleistung kann, falls er Deutschland umfaßt, dessen Rückkehr zum Völkerbunde ermöglichen; ersäht er Deutschland nicht, dann ist dessen Rückkehr nach Genf erst recht erschwert. Die Blätter sind der Ansicht, daß die Verhandlungen äußerlich sehr wichtig und daß die Vorschläge der Englischen Regierung sehr zurückhaltend sein werden.

Reuter meldet aus London, daß der englische Außenminister gestern dem Kabinett Bericht über den Verlauf der englisch-französischen Unterredungen erstattet hat. Man nimmt an, daß das englische Kabinett sich positiv zu dem Ergebnis einstellen werde.

Berliner Kritik.

Berlin, 12. Juli. (P.M.) Die reichsdeutsche Presse befaßt sich eingehend mit dem Ergebnis der Unterredungen Barthous in London. Die „Diplomatisch-politische Korrespondenz“ stellt fest, daß Großbritannien das französische Programm in seinen wesentlichen Punkten angenommen habe. Es sei ein Irrtum, wenn die englischen Minister annehmen, daß sie dadurch, daß sie Frankreich eine grundsätzliche moralische Unterstützung zugesagt haben, England von der Übernahme neuer materieller Verpflichtungen befreit hätten. Eine Garantierung des Ost- und Mittelmeer-Paktes würde die französische Vorherrschaft über ganz Europa bedeuten.

Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß man selbst in London nicht wisse, wie hoch das Lösegeld sei, das England zu Frankreich dafür habe zahlen müssen, um es nicht allzu tief in die kontinentalen Angelegenheiten hineinzuziehen. Die Zulage für ein Ostlocarno bedeuete für die englische Diplomatie eine bis dahin nicht zu verzeichnende diplomatische Niederlage. Deutschland werde sich in dieser Kombination nicht hineinziehen und werde sich den Fallstrich nicht überwerfen lassen, in welchen England hineingeraten ist.

Die Auffassung in Frankreich.

Die französische Presse befaßt sich eingehend mit der Frage, was Barthou wohl in London erreicht haben möge. Vertinax stellt im „Echo de Paris“ fest, England habe in den Unterhandlungen zwei sehr wichtige Bedingungen gestellt:

1. England wünscht, daß kein Land absichtlich von dem Ost-Pakt der gegenseitigen Hilfe ausgeschlossen werde. Alle Staaten, sowohl die Sieger wie die Besiegten, sollten eingeladen werden, diesem Pakte beizutreten. Frankreich ist der gleichen Auffassung. Als Beweis könne die Tatsache gelten, daß Barthou die Englische Regierung gebeten habe, in Rom und Berlin für den französischen Vorschlag einzutreten.

2. England befürchtet, daß sich auf Grund des Ost-Paktes der gegenseitigen Hilfe die englischen Verpflichtungen, die es in Vocarno übernommen hat, erhöhen könnten. In diesem Falle soll Barthou den englischen Ministern eine zufriedenstellende Antwort gegeben haben.

Vertinax gibt jedoch zu, daß eine Art von Widerspruch zwischen den Verpflichtungen Frankreichs, das auf Grund des neuen Paktes Sowjetrußland im Falle eines Angriffs Deutschlands zu Hilfe eilen soll,

und den Wünschen Englands und Italiens bestehen, welche die Grenzen Deutschlands im Vocarno-Vertrag garantieren. Diese Staaten haben sich verpflichtet, daß im Falle eines europäischen Krieges im Osten die Kriegsgefahr nicht an den Rhein getragen wird. Dieses Problem sei sehr kompliziert und könne niemals auf dem Papier geregelt werden. Die Entwicklung hänge von dem Mut der englischen und französischen Staatsmänner ab. Wenn Minister Barthou in London auch viel erreicht habe, so dürften diese Ergebnisse als groß und unänderlich (?) angesehen werden.

England fühlt sich durch Frankreich bedroht.

Wieder einmal erhebt Sir Herbert Russell seine warnende Stimme und kritisiert scharf den englischen Marinehaushalt mit Rücksicht auf die durch Frankreich drohende Gefahr: „Meines Erachtens bilden die französischen U-Boote und Zerstörer für unsere Landesverteidigung ein weit ernsteres Problem, als die französischen Flugzeuge. Wenn Frankreich London mit Bomben angreift, so werden wir Paris in gleicher Weise angreifen. Wenn aber französische U-Boote und 40 Knoten laufende Überwasserschiffe unsere Handelschiffahrt vernichten, was könnten wir ernstlich dagegen unternehmen? Ich möchte zwar nicht behaupten, daß es nicht angebracht wäre, weit mehr für unsere Luftwaffe aufzuwenden, als im neuen Haushaltsgescheh. Wenn aber manche Leute dies auf Kosten unserer Flotte tun wollen, so beweisen sie damit einen fast unglaublichen Mangel an richtigem Verständnis für die Grundfragen unserer Landesverteidigung. Der Marinehaushalt enttäuscht. Er wird nicht seiner Aufgabe gerecht, die Flotte immer mehr geeignet zu machen für die Erfüllung ihrer lebenswichtigen Rolle — nämlich die englische Nation vor dem Hunger zu bewahren.“

Das „Super-Westentaschen-Schiff“.

Der Londoner „Daily Herald“ weiß zu berichten, daß in St. Nazaire zurzeit ein neues französisches Miniaturlandungsschiff ausprobiert werde, das die erstaunliche Striedungsgeschwindigkeit von 55 Knoten erreiche. Das neue Schiff führe die Bezeichnung „Pfadfinder B 10“. Es sei etwa zwölf Meter lang, besitze zwei Torpedorohre und werde von einem 2000 PS Motor getrieben. Es solle hauptsächlich zur Brechung von Blockaden oder zum Angriff auf Truppentransportschiffe verwendet werden. Seine Geschwindigkeit und geringe Größe würde es gegen Bombenangriffe und Artilleriefeuer sichern, und der geringe Tiefgang würde ihm ermöglichen, über Minenfelder hinwegzugleiten. Da die Kosten für dieses „Super-Westentaschen-Schiff“ verhältnismäßig gering seien, könne man erwarten, daß die französische Flotte bald mit einer Massenherstellung dieses Typs beginnen und damit die Flotten der übrigen Welt vor ein neues Problem stellen werde.

Die Fortsetzung der Marine-Besprechungen in London.

Gestern vormittag wurden im Foreign Office in London zwischen den Marine-Sachverständigen Englands und Frankreichs die Verhandlungen fortgesetzt. Reuter ist der Auffassung, daß der Inhalt der Besprechungen sich auf die Ausmaße der Panzerkreuzer beschränkt habe. Dieses Thema stünde mit der Absicht Italiens im Zusammenhang, zwei Panzerkreuzer von je 35 000 Tonnen zu bauen. Die französischen Sachverständigen bringen in Vorschlag, nur Panzerkreuzer von 20—30 000 Tonnen Rauminhalt zu bauen. Dieser Vorschlag wird wahrscheinlich von den Engländern angenommen werden.

Der französische Marineminister Pietri hatte noch am gleichen Tage eine weitere Konferenz mit Norman Davis.

Italienische Beunruhigung.

Rom, 11. Juli. (DNB) Über das Ergebnis der Londoner Unterredungen Barthous ist man in italienischen politischen Kreisen einigermaßen beunruhigt, um so mehr, als sich aus den amtlichen Mitteilungen, den Kommentaren der englischen Presse und der Agentur Havas kein klares Bild gewinnen läßt. Diese Beunruhigung findet auch ihren Niederschlag in den italienischen Blättern. „Die italienische Politik ist durchaus gegen das Netz von Regionalpakten, mit denen Frankreich Europa überziehen möchte.“ Gayda hält im „Giornale d'Italia“ an diesem Standpunkt fest und glaubt auch, daß die englische Zustimmung zu einem Ostlocarno wohl kaum ohne starke Vorbehalte erfolgt sei, wie es die Note von Havas glauben machen möchte. England bleibe außerhalb der Pakte, und damit sei alles wie vorher. Gayda hält den Ostlocarno-Plan Barthous, der sich ja über die Widerstände Deutschlands und Polens im klaren sei, in erster Linie für ein taktisches Manöver, von dem aus er sich schließlich mit Anstand auf ein zweiseitiges französisch-russisches Bündnis zurückziehen wolle. Er erinnert hierbei an das Anerbieten Hitlers, mit allen Nachbarstaaten, Frankreich eingeschlossen, zweiseitige Nichtangriffspakte abzuschließen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Polen vom litauischen Markt verdrängt.

Aus dem jetzt zwischen England und Litauen geschlossenen Handelsvertrag ist die deutliche Tendenz Englands erkennbar, Polen als Kohlenlieferanten für den litauischen Markt auszuscheiden.

Im Jahre 1931 betrug die Ausfuhr von polnischer Kohle nach Litauen 100 000 Tonnen, im Jahre 1932 nur noch 39 000 Tonnen und im Jahre 1933 kaum noch 1000 Tonnen.

Polens Landmaschinenindustrie.

Da sich die schwierige Lage der polnischen Landmaschinenindustrie noch immer nicht gebessert hat, setzt sich der Prozess der Umstellung der Produktion auf die Herstellung anderer Metallgegenstände weiter fort.

Steigende Kohlenausfuhr Polens.

In der ersten Hälfte dieses Jahres weist die Kohlenausfuhr Polens gegenüber dem ersten Halbjahr 1933 eine bedeutende Steigerung auf.

1934: Januar 939, Februar 782, März 798, April 788, Mai 777, Juni 729, insgesamt also 4 758 000 Tonnen.

1933: Januar 822, Februar 735, März 684, April 583, Mai 615, Juni 685, insgesamt also 4 124 000 Tonnen.

Die Kohlenausfuhr im ersten Halbjahr dieses Jahres weist im Vergleich zum entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres eine 15prozentige Steigerung aus.

Deutsche Schrottlieferungen nach Polen.

Wie aus Polen verlautet, wird deutschseits ursprünglich beabsichtigt, den nach Polen zu liefernden Schrott auf ausländischen Märkten zu kaufen.

Verstärkte Automobilmontage der Staatlichen Ingenieurwerke Warschau. Nach einer Warisdauer Meldung sollen die Staatlichen Ingenieurwerke in Warschau für das polnische Verkehrsministerium 200 Automobile liefern.

Änderung der Bahntarife in Ödinen und Danzig? Wie die Polnische Telegraphenagentur meldet hat im polnischen Verkehrsministerium in Warschau eine Sitzung der Tarifkommission zur Prüfung und Beurteilung neuer Vorschriften über den Eisenbahnverkehr auf dem Gebiet der Säien Danzig und Ödinen stattgefunden.

Juristische Rundschau.

Der Begriff „minderjährige Kinder“ in Verbindung mit dem Kriegsinvalidengesetz.

Für nach Kriegsinvaliden hinterlassene Witwen, deren es nach dem großen Kriegsgesetz in allen Teilen Polens eine genügende Anzahl gibt, ist von wesentlicher Bedeutung eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes, die eine grundsätzliche Frage über den Umfang der Versorgungsberechnung der Kriegsinvaliden-Witwen zugunsten der Versorgungsberechtigten löst.

Art. 14 des Kriegsinvalidengesetzes vom 18. März 1921, der übrigens in den Bestimmungen der später in diesem Gegenstande erlassenen Verordnungen keinerlei Änderung erfahren hat, bestimmt, daß Witwen nach Kriegsinvaliden, die minderjährige Kinder zu erziehen haben, Anspruch auf 50 Prozent der Grundrente (die dem verstorbenen Kriegsinvaliden zugestanden hatte) samt der Qualifikationszulage haben.

Das Kriegsinvaliden-Versorgungsgesetz vom 18. März 1921, welches in Art. 14 eine Witwenrente in Höhe von 50 Prozent mit samt der Qualifikationszulage, u. a. auch solchen Witwen zuerkennt, die minderjährige Kinder zu erziehen haben, versteht den Begriff „minderjährige Kinder“ im Sinne des Zivilrechtsbegriffes.

Die Neuerungen im polnischen Konkursrecht.

Das neue polnische Konkursrecht, das in einem Verordnungsentwurf vorliegt, wurde in erster Lesung in der Rechtskodifikationskommission angenommen.

Die aus dem österreichischen und dem deutschen Recht entnommenen Grundzüge für den Konkurs bringen für Konkurs-Nachbeter insofern eine Abweichung, als ein Konkurs nur gegen einen Kaufmann eröffnet werden kann und ausdrücklich abgelehnt, daß eine Konkursöffnung weder gegen das Vermögen von nicht handelnden Personen, noch von Stiftungen oder Personen öffentlichen Rechts erfolgen kann.

Die wichtigste Voraussetzung für die Eröffnung des Konkurses ist die Feststellung der Einstellung der Schuldzahlung, mit dem Vorbehalt, daß eine zufällige und kurzfristige Unterbrechung der Zahlungen eine Konkursöffnung nicht rechtfertigt.

Nach dem Inhalt des Gesetzentwurfes eröffnet das Gericht den Konkurs auf Antrag des Schuldners oder seines Gläubigers. Andere Möglichkeiten, die früher noch üblich waren, sind ausgeschlossen worden.

Neu sind vor allen Dingen die Bestimmungen über die Vollmachten des Konkursrichters, die außerordentlich erweitert worden sind. Der Konkursrichter hat auch über alle Fragen des Vergleiches, über die Einberufung des Gläubigerausschusses, um zu befinden, der Gläubigeranspruch setzt sich aus 2-5 Mitgliedern zusammen oder aus 1-3 Vertretern, die vom Konkursrichter aus solchen Personen gewählt werden, deren Forderungen keinem Zweifel unterliegen.

Interessant ist auch die Bestimmung, daß Vorschläge vom Schuldner während der ganzen Dauer des Verfahrens, beginnend mit dem Augenblick der Feststellung der Gläubigerliste, angemeldet werden können.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügnug im „Monitor Polski“ für den 12. Juli auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Der Markt am 11. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,90 bis 58,02, bar 57,92-58,04. Berlin: Ueberweisung 0 Scheine - bis -.

Markt der Brie vom 11. Juli. Umfas, Verkauf - Kauf. Belgien 123,67, 123,98 - 123,36. Belgard - Berlin 203,00, 204,00 - 202,00.

Berlin, 11. Juli. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,512-2,518, London 12,645-12,675. Holland 169,73-170,07. Norwegen 63,52 bis 63,64.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,26 Zl., do. kleine 5,25 Zl., Kanada 5,28 Zl., 1 Pf. Sterling 26,57 Zl.

Aktienmarkt.

Polener Börse vom 11. Juli. Es notierten: 5pro. Staatliche Anwert-Anleihe 62,75, 4pro. Prämien-Dollaranleihe 51,50, 4pro. Bauanleihe 48,80.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörie vom 12. Juli. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggons abunag) für 100 Kilo in Zloty:

Table with columns for products like Roggen, Weizen, Braugerste, Futtergerste, Safer, Roggenmehl, Weizenmehl, and their respective prices.

Getreidemonopol in der Tschechoslowakei.

Bekanntlich ist am 4. d. M. die Einführung des tschechischen Getreidemonopols beschlossen worden, dessen offizielle Bezeichnung lautet: Regulierung des Getreides, Mehl-, Mühlenprodukten- und Viehfutterhandels.

Zur Ausübung dieser Tätigkeit bilden die landwirtschaftlichen Organisationen eine Aktiengesellschaft unter dem Namen: Tschechoslowakische Getreidegesellschaft. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft beginnt mit einer Verfügung des Landwirtschaftsministers, die in Kürze erfolgen soll.

Der Landwirt kann sein Getreide nur an die oben genannte Monopolsellschaft verkaufen. Ein anderer Vertrieb des Getreides zu Handelszwecken ist unteragt.

Die Regierung setzt auch, nachdem sie sich mit dem Monopol verständigt hat, die Konsumpreise fest und veröffentlicht sie im amtlichen Nachrichtenblatt.

Polnisches Getreidemonopol? Wie verlautet, soll das Getreidemonopol, dessen Grundriss feststehen, in Kürze verfaßt werden.

Zollermäßigung auf Früchte. Mit dem 7. d. M. genießen folgende Früchte bei der Einfuhr nach Polen Zollerleichterungen: Äpfel, Birnen, Pflaumen, Kirschen, Zwetschen, Nektarinen, Steinobst, Trauben, Feigen, Zitrusfrüchte, Erdbeeren, Himbeeren, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren, Stachelbeeren, Johannisbeeren, Hagebutten, Himbeeren, Preiselbeeren, Heidelbeeren, Brombeeren, Stachelbeeren, Johannisbeeren, Hagebutten.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Safer u. Gerste ruhig. Weizen ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Table listing various grains and their prices, including Roggen, Weizen, Maiglomerat, Wintergerste, Roggenmehl, Weizenmehl, Vektor-Grain, Folger-Grain, Feld-Erbien, Roggenkleie, Weizenkleie, Kutter-Lupinen, and Rübsen.

Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörie vom 11. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Small table showing transactions prices for Roggen (30 to 45 to 90 to) and Risp (17,00-17,25 to 13,75-14,00 to).

Table with columns for products like Weizen, Roggen, Braugerste, Gerste, Wintergerste, Safer, Roggenmehl, Weizenmehl, Roggenkleie, Weizenkleie, Safer, Weizen, Weizenkleie (arob), Semt, Wintertraps, Leinamen, Felderbien, Vektorererbien, Folgerererbien, blaue Lupinen, gelbe Lupinen, Alee, roh, Alee, weiß, Alee, schwebelich, Alee, gelb, ohne Schalen, Blaier Mohn, and their prices.

Gesamttenenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 503 to, Weizen 210 to, Gerste 192,5 to, Safer 30 to, Roggenmehl 83,3 to, Weizenmehl 83,2 to, Roggenkleie 343,5 to, Weizenkleie 5 to, Gerstenkleie 7,5 to, blaue Lupinen 36 to, gelbe Lupinen 10 to, Kartoffelmehl 8 to, Speisefartoffeln 11 to.

Table with columns for products like Weizen, Roggen, Braugerste, Wintergerste, Safer, Roggenmehl, Weizenmehl, Roggenkleie, Weizenkleie, Raps, Rübsen, and their prices.

Hamburg. Cif-Notierungen für Getreide und Alee vom 11. Juli.

Breite in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt. Weizen-Manitoba 1 (Schiff) per Juli-August 5,15, Manitiba II (Schiff) per Juli-August 5,00, Amber durum II (Schiff) 5,07/2, Rolafe 80 kg per Juli 3,65, Barussa 80 kg per Juli 3,60, Bahia 80 kg per Juli 3,65, Donaugerste 64-65 kg -; Plata 67-68 kg (Schiff) 3,80, per Juli 3,75, 64-65 kg (Schiff) 3,72/2, per Juli 3,70; Roggen: Plata 72-73 kg p. Juli 2,90; Weizen-La Plata (Schiff) 3,22/2-3,35, per Juli-August 3,2/2, per September 3,27/2; Safer: Plata Unclipped 46-47 kg per Juli 3,82/2, Plata Clipped 51-52 kg per Juli 3,92/2.